WP37 C. Freiheit schützen – Vielfalt leben 14. Haushalt und Finanzen: Investieren in die Zukunft

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	20.12.2023
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Haushalt und Finanzen: Investieren in die Zukunft

Die besten politischen Maßnahmen und Konzepte funktionieren nur dann, wenn auch die Finanzierung stimmt. Wir BÜNDNISGRÜNE verfolgen deshalb eine nachhaltige Finanzpolitik – wirtschaftlich sinnvoll, ökologisch verantwortlich und sozial ausgewogen. Unser Ziel: Wir möchten ein Umdenken in der Finanzpolitik des Landes herbeiführen und auf diesem Weg die Schuldenbremse reformieren.

Neue Schulden belasten kommende Generationen und dürfen kein Mittel zum bloßen Stopfen von Löchern sein. Mit Augenmaß und einem klaren Zweck jedoch sind sie notwendige Initialzündungen für eine klimafreundliche Zukunft. Diese muss eine Schuldenbremse ermöglichen. Denn gerade die jetzt anstehenden Veränderungen erfordern große Investitionen in Wirtschaft, Verkehr, Energie und Gebäude. Diese Zukunftsinvestitionen müssen schnellstmöglich und mit Nachdruck umgesetzt werden.

Hierfür möchten wir einen breit aufgelegten, verfassungskonformen Zukunftsfonds schaffen. Investitionsbedarfe im Land wollen wir endlich genauer und umfassend erfassen. Klimafeindliche Ausgaben des Landes wollen wir sukzessive abbauen und einstellen und stattdessen für Klimaschutz und Strukturwandel einsetzen. Kommunen stärken wir dabei in ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit durch einen modernen Finanzausgleich und die konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips. Auch Investitionen in Bildung, in Migration und soziale Infrastruktur – kurz: in Menschen – müssen priorisiert werden. Sie sind unser Zukunftskapital. Verantwortungsvoll mit unseren Finanzen umzugehen, heißt dabei auch, unseren Fördermittelempfänger über institutionelle oder mehrjährige Förderung Sicherheit zu bieten.

Kernziele:

- Zukunftsfonds für zentrale Zukunftsinvestitionen im Bereich Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung verfassungskonform auf den Weg bringen
- Investitionsbedarfe im Land ehrlich erfassen und angehen
- Klimaschädliche Subventionen und Investitionen beenden
- Finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen sicherstellen
- Institutionelle Förderung für Projekte, die sich als Daueraufgabe etabliert haben

Investitionen in Nachhaltigkeit

Klimawandel und Klimaanpassung, der Umbau der Wirtschaft, klimafreundliche Mobilität im ganzen Lande sowie Wärme ohne CO2-Ausstoß in energetisch ertüchtigten Gebäuden – all dies sind Stichworte für den Weg in ein zukunftsfestes Thüringen. Große Aufgaben erfordern dabei jedoch auch große Investitionssummen. Einen großen Teil der Gelder hierfür möchten wir über einen Zukunftsfonds bereitstellen, um private oder kommunale Investitionen zu flankieren oder anzureizen. Eins ist dabei gewiss: Die Investitionen werden sich auszahlen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Schwerpunkt auf Investitionen und Zuschüsse mit "doppelter Rendite", also finanziellem Mehrwert plus nachhaltiger gesellschaftlicher Wirkung
- Fokus auf Zukunftsinvestitionen und Reform der Schuldenbremse, dadurch mittel- und langfristig Einsparungen für das Land
- Ehrliche Bestandsaufnahme über Sanierungsstau bei Infrastruktur sowie von nötigen Investitionen für Klimaschutz und -anpassung
- Überprüfung des Landeshaushalts auf klimaschädliche Subventionen und Zuschüsse und sukzessiver Abbau
- Einführung eines verfassungskonformen Zukunftsfonds zur Unterstützung von Unternehmen, Kommunen, Energieerzeuger*innen und Bürgergemeinschaften z. B. bei Umstellung auf klimaneutrale Produktionsmittel, bei Vorsorgemaßnahmen zur Abmilderung von Klimafolgen, bei der Produktion klimaneutraler Energie oder bei der Schaffung demokratischer Beteiligungsplattformen in Kommunen

Kommunen und zivilgesellschaftliche Projekte bedarfsgerecht finanzieren

Unsere Kommunen müssen auch morgen handlungsfähig sein. Doch hierfür benötigen sie genügend Geld. Unter der rot-rot-grünen Landesregierung haben sich die kommunalen Finanzen so gut entwickelt wie noch nie im Freistaat. Doch es warten schließlich auch große Aufgaben auf die Kommunen, welche finanziert werden müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Projekte aus der Zivilgesellschaft wie beispielsweise von Bürger*innen und Verbänden hinreichend sicher und verlässlich finanziert werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Überführung von langjährig angelegten Projekten in institutionelle Förderung und Erhöhung der Förderdauer bei Projektförderung
- Moderner sozial-ökologischer kommunaler Finanzausgleich, der besonders die Bereiche Klima, Digitalisierung und Bildung berücksichtigt
- Stärkung des "Konnexitätsprinzips", nach dem alle Aufgabenübertragungen an Kommunen angemessen finanziert werden müssen
- Dialog mit Kommunen zum weiteren Schuldenabbaupfad und Haushaltskonsolidierung für stark verschuldete Kommunen
- Stärkere Beteiligung der Bürger*innen an Haushaltsgestaltung ihrer Städte und Gemeinde sowie beim Land, Ausweitung der Bürgerhaushalte
- Abschaffung des Finanztabus bei Volksentscheiden (siehe Kapitel Demokratie)
- Einführung des Gender Budgeting im Landeshaushalt und Schaffung von Anreizen für Kommunen, dies auch in kommunalen Haushalten einzuführen (siehe Kapitel Gleichstellung)